

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinziales Carl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Kohnsast, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Krellin, Leipzig. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königsplatz 5.

Bezugspreis: Monatlich 80 Pfennig, beim Abholen von der Expedition 70 Pfennig. Bei den Zeitungen 210 Pfennig ohne Befreiung. Einzelne Nummern 5 Pfennig. — In Berlin gedruckt: Die Zeitg. Kolonialzeitung 20 Pfennig. Inserate o. auswärts 25 Pfennig, im Blattmarkt 20 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 159.

Halle, Dienstag den 4. Dezember 1917.

1. Jahrgang.

Waffenstillstand an der russischen Front.

Russischer Funkspruch: „An alle!“

Berlin, 3. Dezember. Die russische Funkstation Portofino Gelo gab am 2. Dezember nachmittags folgenden Funkspruch:

„An alle.“ Gestern, den 1. besuchte General Johnson, Chef der amerikanischen Mission den Kameraden Trocki im Smolny-Institut. Der General erklärte, er könne augenblicklich noch nicht im Namen der amerikanischen Regierung sprechen, da die Macht des Rates noch nicht anerkannt ist; er sei jedoch erschienen, um Verbindungen anzuknüpfen, die Lage zu klären und Mißverständnisse aus dem Wege zu schaffen. General Johnson erkundigte sich, ob die neue Regierung beabsichtigt, die Kriegsgemeinschaft mit ihren Verbündeten zu liquidieren. Der General meinte, die Verbündeten würden am 2. an den Verhandlungen kaum teilnehmen können. Kamerad Trocki gab dem General in kurzen Worten Aufklärung über die Politik des Rates im Kampfe für den allgemeinen Frieden. Auf einen Umstand legte der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten besonderes Gewicht auf die öffentliche Behandlung

der Angelegenheiten. Er erklärte, daß die Verhandlungen von jeder Phase der Entwicklung der Friedensverhandlungen verfolgt und demzufolge auch in einem späteren Stadium jeder Zeit sich den Verhandlungen anschließen. General Johnson fragte, ob er diese Antwort seiner Regierung übermitteln dürfe, und erklärte zum Schluß: „Die Zeit der Proteste und Drohungen gegen die Macht des Rates ist vorbei, falls diese Zeit überhaupt bestanden hat.“ — Weiterhin fragte der General, ob der Volkskommissar auf einer Erklärung über die vorgefallenen Zwischenfälle (Protestverklärungen von Angehörigen der amerikanischen Militär-Mission) bestuhe. Kamerad Trocki erklärte, die Formalitäten der Angelegenheit seien belanglos und durch die Erklärung des Generals: „Die Zeit der Drohungen und Proteste gegen die Macht des Rates ist vorbei“, erledigt.

Der Beginn der Verhandlungen.

Wien, 3. Dezember. Amtlich wird bekannt. In den letzten Tagen wurden in vielen Abständen der russischen Front von Division zu Division und von Korps zu Korps Waffenruhe vereinbart. Im Pripiet-Gebiet hat eine russische Armee mit dem gegenüberliegenden Kommando der Verbündeten einen formellen Waffenstillstand abgeschlossen. Eine russische Abordnung durchschritt gestern unsere Linien, um mit den Bevollmächtigten der verbündeten Heere einen Waffenstillstand an der ganzen russischen Front auszubilden. Aus Wien wird gemeldet: Aus dem Kriegspresquartier wird am 3. Dezember mittags mitgeteilt: Bei den im Bereich der Westfront des Feldmarschalls Pringen Leopold von Bogens heute beginnenden Waffenstillstandsverhandlungen ist die österreichisch-ungarische Seeresleitung durch besondere Bevollmächtigte, höhere Generalsstabsoffiziere, vertreten. Die russische Abordnung, die gestern 4.30 Uhr nachmittags an unseren Linien empfangen wurde, ist noch am Abend nach dem Verhandlungsort weitergereist.

Rußlands Vertretung bei der Entente.

Berlin, 3. Dezember. Trocki hat der englischen Regierung mitgeteilt, daß Tschichowin zum Vorkämpfer in England ernannt worden sei. Tschichowin ist einer der beiden Russen, die wegen ihrer politischen Gesinnung in England interniert wurden, und deren Internierung Trocki den Grund zu seinem Erlaß gab, der den in Rußland wohnenden Engländern verbietet, Rußland zu verlassen.

Paris, 3. Dezember. (Sobas.) Ein Telegramm aus Petersburg meldet: Die Volkskommissare besetzen Moskafow ab, weil er an der internationalen Konferenz teilgenommen habe. Sobas bemerkt dazu, daß Moskafow noch nicht sein Beglaubigungsschreiben Vorname überreicht habe, und daß er keinen ausdrücklichen Auftrag zur Vertretung Rußlands auf der Konferenz hatte, so habe er an dieser Konferenz nicht teilgenommen. In Ermangelung besonders beglaubigter Vertreter haben die alliierten Regierungen, die keine Besprechung ohne Rußland wünschen, Rußlands ständigen Vertreter eingeladen, an den Sitzungen teilzunehmen.

Die Macht der Maximalisten.

Bern, 3. Dezember. In den russischen Provinzen verfügen die Maximalisten nunmehr über ein Reg. von revolutionären Organisationen, die in der letzten Zeit ein beispielloses Wachstum aufweisen und an die jetzt überall die örtliche Macht übergegangen ist. Die Maximalisten beherrschen jetzt 35 große russische, sowie sämtliche sibirische und manschurische Städte. Die Maximalisten sind nach Meldung aus Petersburg jetzt im Besitz der Reichsbank, alle andern Banken sind geschlossen.

London, 3. Dezember. Daily News meldet aus Petersburg, daß die alte „vorläufige Regierung“ plötzlich wieder mit einem Wank auf die Wölfer herorgetreten ist, in dem sie erklärt, daß sie die einzige gesetzliche Autorität sei, und die Anordnungen der Bolschewiki nicht zu befolgen seien. Die einzige Rettung sei die möglichst baldige Übersetzung der gesetzgebenden Versammlung. Außerdem wurde ein Dekret veröffentlicht, nach dem die gesetzgebende Versammlung für den 11. Dezember nach dem Zarenhofen insbesonders einberufen wird.

Daily Chronicle meldet, daß mehrere Blätter diese Erklärung der „vorläufigen Regierung“ veröffentlichten. Darauf wurden die Schriftleitungen geschlossen und die Blätter suspendiert. Es wurden Hausdurchsuchungen vorgenommen und mehrere Mitglieder der Schriftleitungen verhaftet. Die Druckerei der Moskaja Wremja wurde beschlagnahmt und wird für die Herstellung der Soldatzeitung benutzt.

Bulgarien zum Friedensangebot.

In der bulgarischen Sonntags erklärte Ministerpräsident Radostawow: Bulgarien war stets bereit, in Lebereinstimmung mit seinen Verbündeten in Friedensverhandlungen einzutreten, sobald ein Vorschlag von den Gegnern ausginge, wie es durch seine Note vom Dezember 1916 und die Antworten auf die Noten Wilsons und des Papstes bemerkt hat. Solch ein Vorschlag ist jetzt von dem Oberhaupt der Regierung der russischen Republik, Lenin, und dem Volkskommissar für Auswärtiges, Trocki, an uns gerichtet worden. Wir haben sofort geantwortet, daß wir bereit sind, in Verhandlungen einzutreten. (Schärfste Zustimmung.) Bulgarien konnte das Friedensangebot nicht ablehnen, weil es sein nationales Ideal, um bestmöglich es in den Krieg eingetreten ist, erreicht hat. Die Eingung des bulgarischen Volkes in einem einzigen Staate, der Magdonien, Moroland und die Dobrußja einschließt; dies wird für uns die Grundlage aller Bemühungen bilden.

Rumänien folgt Rußland.

Belgrad, 3. Dezember. Nach einer Meldung der Times erklärte der rumänische Gesandte in London, daß es Rumänien unmöglich wäre, den Krieg fortzusetzen, wenn deutsch-russische Friedensverhandlungen beginnen sollten.

Belgrad, 3. Dezember. Morning Post meldet aus Petersburg: Der Soldaten- und Arbeiterertrag durch Funkspruch einen Aufruf an die verbündete rumänische Armee, der zu einem sofortigen Waffenstillstand auffordert. Der rumänische Gesandte hat Petersburg noch nicht verlassen, sondern im Auftrag seiner Regierung Besprechungen mit den Maximalisten aufgenommen. Die maximalistische Regierung hat die Einstellung der Lebensmittellieferungen an die rumänische Front angeordnet.

Die türkische Presse zum Friedensangebot.

Konstantinopel, 3. Dezember. Die Blätter nehmen die Nachricht von dem türkischen Rußland um einen Waffenstillstand einmütig mit lebhafter Befriedigung auf und sehen die Vorteile hervor, die sich daraus für einen dem Vierbunde günstigen Fortgang des Krieges ergeben. Jedem sagt: Die Türken kannten den Jarrismus und die Vorläufige Regierung als ihre Feinde. Sie leben aber die Bolschewiki nicht mit bösen Augen an, die die Geheimverträge veröffentlichten und einen Friedensvorschlag machen. S. a. b. i. schreibt: Die russischen Parlamentäre werden bei uns einen guten Willen vorfinden. Unsere Friedensunterhändler werden ebenfalls den Bemühen und Willigkeit geleitet sein. Die Gewinnung der jetzigen Leiter der russischen Revolution verhängt eine neue Periode des Friedens und des Glücks für den Orient. Es ist zu bemerken, bisher habe man keine Nachricht von einem Waffenstillstand im Kaukasus, und findet es natürlich, daß in bezug auf diese Front noch einige Tage verstreichen werden.

Italiens Judaslohn.

Aus den russischen Geheimakten.

Aus Stockholm wird gemeldet: Brandt hat die Veröffentlichung der geheimen Dokumente fort und teilt den Vertrag mit, den England, Frankreich und Rußland mit Italien eingegangen, um der Entente

die Hilfe Italiens zu sichern. Hier sei folgender Auszug mitzuteilt:

Artikel 4. Bei dem künftigen Friedensschluß soll Italien erhalten: die Gebiete des Trentino, das ganze südliche Tirol bis zu dessen nördlicher Grenze, als welche der Brenner zu betrachten ist, die Stadt Triest mit Umgebung, die Grafschaft Görz und Gradiska, ganz Istrien bis Quarnero mit den istrischen Inseln und Lussin, ebenso die kleineren Inseln Flavodiv, Ugento, Grotte, San Pietro del Rembo, Melmo und Brucia und der umliegenden Bänder, (Ein Zufuß bezeichnet die Grenzen näher)

Artikel 5. Ferner erhält Italien die Provinz Dalmatien in ihrem gegenwärtigen Umfang unter Hinzufügung von Vissaria und Trebinia im Norden und im Süden das ganze Gebiet bis zu einer Linie, gezogen vom Strande der Pantalospitze nach Osten bis zu einer Wasserlinie, wodurch in Italiens Besitz alle Täler der Flüsse kämen, welche in den Sebenico münden, also: Cicolo, Utera und Buisina, nebst allen ihren Flüssen. Ebenfalls sollen Italien alle Inseln zu, welche nach Norden und Westen von Dalmatiens Küste liegen usw.

Artikel 6. Italien erhält mit vollem Befehrsrecht Balona, die Insel Saffano und ein Gebiet, das hinreichend groß ist, um diese Besetzung in militärischer Hinsicht zu sichern — vorzugsweise zwischen dem Fluß Bozica im Norden und im Süden und der Grenze des Distriktes Chimara im Süden.

Artikel 8. Italien erhält mit vollem Befehrsrecht alle von ihm jetzt besetzten Inseln des Dodekanes.

Artikel 11. Italien erhält den Anteil der Kriegskolonisation der dem Völkern Opfer und Anstrengungen entspricht.

Artikel 15. Frankreich, England und Rußland übernehmen die Verpflichtung, Italien darin zu unterstützen, den Heiligen Stuhl daran zu hindern, irgendwelche diplomatischen Schritte für die Erreichung eines Friedensschlusses oder die Regelung von mit dem gegenwärtigen Kriege zusammenhängenden Fragen zu unternehmen.

Die patriotische Welle in Italien.

Angehört der Bedrohung des Landes sind nun auch der Walländer Bürgermeister und Gemeinderat von intransigenten Flügel der Partei, der von Serrati und Casarati geführt wird, abgerückt und offen auf die patriotische Seite getreten. Sie haben sogar Kundgebungen für die Anspannung aller Kräfte der Verteidigung veranstaltet. In Rom sind Reformgesellschaften, alte und neue Mitglieder der Partei, zu einer neuen Gruppe zusammengetreten, welche ebenfalls die Notwendigkeit der Bandenrekrutierung hart betont. Der Monat, dessen Befehrsrecht ständig geworden war, und dem an freimülligen Beiträgen immer höhere Summen zufließen, steht plötzlich ziemlich still. Aber man darf nicht verfallen, daß die italienischen Proletariat ziemlich leicht organisiert ist und deshalb in ihrer entflammenden jüdischen Koffeise leicht zu beeinflussen sind. Es steht außer allem Zweifel, daß noch nicht sehr langer Zeit die kriegsfeindliche Stimmung in der italienischen Arbeiterklasse wieder in alter Stärke hervorbrechen wird.

Die französische Presse über Rußland.

Bern, 3. Dezember. Die ganze französische Presse erklärt in den letzten Tagen, daß angelehnt der Vorgänge in Rußland ein vollkommen neuer Kriegspfad aufgestellt werden müsse. Die Vorgänge werden als sehr ernst angesehen. Die scharfen Ausfälle gegen die Maximalisten, die als Verräter und deutsche Spione bezeichnet werden, nehmen unermesslich ihren Fortgang. Daneben warnen Blätter aller Parteilagungen, darunter Matin, Pays und Lanterne, vor dem Abbruch der Beziehungen zum russischen Volk.

Der Tagespost schreibt u. a., man könne froh über die verlesungsbekende Verammlung, die jetzt in Rußland gewählt wurde, ironisch lächeln und ihr feindselig gegenüberstehen, aber es wäre besser, nachzudenken und schließlich doch anzuerkennen, daß sie zum ersten Mal des revolutionären Rußland sei. Zum ersten Mal besitze Rußland wieder ein Werkzeug, das der gewaltigen Umwälzung eine gesetzliche und demnach erblühige Form geben könne. Solange die gesetzgebende Versammlung besteht, sei sie der Ausdruck des Volkswillens. Bieleicht bedürfe es nur weniger Wochen, damit unter dem Einfluß der Verammlung das ganze russische Problem von Grund auf sein Ansehen erlange.

Parlamentsverlängerung der französischen Kammer. Bern, 2. Dezember. Freges de Lyon meldet aus Paris: Ein Gesetzentwurf der Regierung über die Verlängerung des Mandats der Kammer liegt jetzt, daß das Mandat bis sechs Monate nach Einlieferung der Feindseligkeiten verlängert wird.

Der skandinavische Dreikönigstag.

Kopenhagen, 2. Dezember. Nationalbladet schreibt: Der erfinden die Bedeutung der Königsnamensfeier in Christiana in der Nacht, daß damit der letzte Akt von Groll zwischen den nordischen Staaten, nicht allein in den offiziellen Königserden, sondern auch in den Gefühlen des Volkes beilegt ist. Wir gehören nicht zu den Phantasten, die auf die nordische Gemeinamkeit strahlende Lustigste bauen. Auch zukünftig wird jedes der drei Reiche eine gleiche, keine nationale

Wahlende Einheit bilden wie vorher. Für Wahlkreise eigentümlicher Art hat und wird ein Platz sein. Über die nordlichen Bundesländer werden in der Zeit, die nach dem Kriege folgt, in gegenseitiger Rücksicht und Vertrauen Schüller an Schüller stehen. Die Weltanschauung hat ihnen die Bedeutung des Zusammenhaltens im Norden gegeben und Möglichkeiten geschaffen für einen praktischen Standpunkt, dessen Grundpfeiler die gemeinsamen Interessen sind, die außerhalb der Wege der Geopolitik zu finden sind.

Sachsenburg und Ludendorff über die Kriegslage.

Der Korrespondent der Wiener Freien Presse, Dr. Goldmann, hat im Hauptquartier ein Gespräch mit Sachsenburg und Ludendorff gehabt, aus dem wir folgendes hervorheben: „Es steht alles gut,“ begann Sachsenburg, „überwintern müssen wir freilich, und einige Anstrengungen werden wir wohl noch machen müssen, vor soweit wir unsere Verbündeten. Je mehr sich der Krieg dem Ende nähert, um so weniger dürfen wir die Kräfte sinken lassen. Wir festhalten und haften sein, dann kommt der Friede schon von selbst.“

Ludendorff fügt hinzu: „Den Termin eines Friedens können wir nicht bestimmen; kein Herrlicher kann das. Nur eins können wir mit Bestimmtheit versichern: der Krieg wird nicht remis abgedrückt werden. Er wird für uns günstig enden.“

Zur Frage eines allgemeinen Waffenstillstandes sagt weiter General Ludendorff:

„Die Frage eines allgemeinen Waffenstillstandes wird schwierig sein. Ich will nur die Frage herausgreifen: Sollen sich während eines allgemeinen Waffenstillstandes unsere U-Boote irgendwelcher Art enthalten, während die Handelsschiffe nach England, Frankreich und Italien fahren und die Lage der Gegner verbessern, während wir keine Fahrt erlauben? Waffenstillstand von drei Monaten, von dem oft gesprochen wird, ist reichlich lang. In dieser Zeit kann sich in den feindlichen Ländern vieles zu unserem Schaden verändern. Man muß sich in kürzester Zeit klar werden und zu Entschlüssen kommen, wenn die militärische Lage nicht Schaden leiden soll. Wenn mir jemand sagt, die russische Revolution sei ein Glücksfall für uns, so protestiere ich immer. Die Revolution in Rußland ist kein Glücksfall, sondern die natürliche und notwendige Folge unserer Kriegsführung.“

Zu der weiteren Ausführung Ludendorffs über die russische Revolution ist jedoch zu bemerken, daß sie nicht zu einer Verleugnung und Unterdrückung der selbständigen Leistung der russischen Revolution führen darf. Man kann bis zu einem gewissen Grade sogar auch imgekehrte feststellen, daß die innere Beruhigung Rußlands die deutschen Waffenerefolge herbeiführt oder doch in hohem Maße unterläuft hat.

Besonders Interesse erweckt, was Ludendorff über die Verhältnisse und den U-Boot-Krieg gesagt hat: „Die U-Boote sind die Waffe, auf die amerikanische Hilfe zu hoffen ist. Wenn die europäischen Bemühnisse gewiß schon zum Frieden geneigter geworden... Der U-Boot-Krieg war richtig, er hat geübt und leitet weiter, was wir von ihm erwartet haben. Wir haben nicht daran gedacht, daß unsere U-Boote England in ein paar Monaten auszunehmen würden. Wenn ich Ihnen Einbild in die Affen der Obersten Seereschießung geben dürfte, so würden Sie daraus ersehen, daß wir von Anfang an mit dem U-Boot-Krieg weniger besondere als allgemeine Wirkungen haben hervorbringen wollen.“

Unser Ziel war nicht, England auszunehmen, sondern es zum Frieden geneigter zu machen. Das sollte durch die Verminderung des Schiffraumes erreicht werden, über den England verfügen kann, ohne daß damit gefogt ist, daß gerade der Hunger England zum Frieden bringen muß. Nicht minder wichtig als die Lebensmittelfürsorge, ist vielleicht in mancher Hinsicht noch wichtiger, ist für England die Verengung mit Kohle und Granatöl. Der Krieg ist unsere U-Boote den Feind an seiner empfindlichsten Stelle.“

Der Eintritt Amerikas in den Krieg war als Folge des uneingeschränkten U-Boots-Krieges vorzuziehen und ist von sozialdemokratischer Seite für diesen Fall bestimmt prognostiziert worden. Durch den U-Boot-Krieg kam es den sozialistischen Amerika eine Stimmung entstehen, die der Kriegspartei Oberwasser verschaffte. Nun lag aber Ludendorff: „Hätte sich nicht die Aussicht auf die amerikanische Hilfe eröffnet, so hätten die Westmächte sich gewiß schon zum Frieden entschließen müssen.“

Während kann die Stellung, die die sozialdemokratische Partei und Presse zu den Entschlüssen des 1. Februar einnahm, nicht gerechtfertigt werden.

Generalfeldmarschall Sachsenburg verabschiedete sich von dem Berichterstatter mit den Worten: „Wir müssen noch eine Teilung Gebüd haben, dann bringen wir es zum guten Ende. Sagen Sie das in Oesterreich mit einem schönen Gruß von mir.“

Der Krieg zur See.

Berlin, 3. Dezember. (Amtlich.) Durch unsere U-Boote wurden im Nereis- und Bristolkanal wiederum drei Dampfer und zwei Segler vernichtet. Unter den vernichteten Schiffen befanden sich die englischen Segler Robert Brown und Annie Coals, letzterer mit 190 Tonnen Reich von Manchester nach St. Malo. Die Dampfer waren alle beladen.

Der Chef des Admiraltabes der Marine.

Aus der österreichischen Delegation.

Wien, 3. Dezember. Zur heutigen Eröffnungssitzung der österreichischen Delegation waren fast sämtliche Delegierte erschienen. Zum Präsidenten wurde der christlichsozialer Abg. Hauser, zum Vizepräsidenten das Herrenhausmitglied Dr. Ritter A. Binzlin (Vole) gewählt.

Prof. Czernin unterbreitete ein Budgetproposium für das Jahr 1917/18. Danach betragen die Kriegskosten der bisherigen drei Kriegsjahre 43 Milliarden. Für das Kriegsjahr 1917/18 werden, falls der Kriegszustand bis ganz Jahr dauern sollte, die Kosten mit 20 Milliarden an geschätzt.

Die heutigen Delegierten brachten einen Antrag ein, die Delegation möge beschließen: Die österreichische Delegation billigt die Politik des Ministers des Aeußeren, die darauf gerichtet ist, im engen Einverständnis mit den Verbündeten baldmöglichst einen allgemeinen, dauerhaften, ehrenvollen Frieden zu erzielen, welcher die territoriale Integrität der österreichisch-ungarischen Monarchie und deren ständige freie Entwicklung auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet sichert.

Ein von den sozialdemokratischen Abg. Dajmann und Gen. überreicht Antrag befragt u. a. die Delegation erwarbt, daß der Minister instruiert wird den Friedensverhandlungen für die Bewerkstelligung eines lebensfähigen, entwicklungsfähigen, den nationalen Rechten des

politischen Volkes entsprechenden polnischen Staates und zugleich auch für die Sicherung der Interessen der Monarchie in wirksamster Weise eintreten wird.

Abg. Stachel beantragte die Wahl eines Friedensrates zu den bevorstehenden Friedensverhandlungen, bestehend aus allen Vätern der Monarchie. Am Schluß der Sitzung gab der österreichische Delegierte Namen der Väter und fühlbarsten Delegierten eine Erklärung ab bezüglich des Selbstbestimmungsrechts der Völker, wobei er sich gegen die deutschösterreichische und gegen die ungarischen Prinzipien wandte.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Die Hausagrarier gegen das gleiche Wahlrecht.

Im Jurtus Bujak in Berlin sagte der Preussische Landesverband der Haus- und Grundbesitzervereine, um zur Neuordnung in Preußen Stellung zu nehmen. Mehrere Tausend der realistischen Hausagrarier waren erschienen und nahmen zum Teil das Wort. Es gelangte eine längere Entschlüsselung zur Annahme, in der es u. a. heißt:

„Ein gleiches Wahlrecht entspricht den Aufgaben der Gemeinschaft nicht. In Frage kommt die Änderung des bestehenden Wahlrechts in Bezug auf die U-Boote, bei dem der Grundbesitz entsprechende Berücksichtigung findet, kommen. Sollte die bisherige Vertretung der Haus- und Grundbesitzer in den Stadt- und Landgemeinden nicht aufrechterhalten werden, so müßte in anderer Weise der Bedeutung des Haus- und Grundbesitzes für das Gemeinwohl Rechnung getragen werden. Soweit eine berufsspezifische Vertretung in den staatlichen Wählergruppen in Frage kommt, muß dem ständischen Hausbesitz eine besondere selbständige Vertretung gewährt werden. Insbesondere ist dem Hausbesitz eine eigene Vertretung entsprechende Vertretung im Herrenhaus einzuräumen. Schließlich wird als amtliche Vertretung des Hausbesitzes die Schaffung von Hausbesitzerkammern, deren Aufgaben bis dahin die Hausbesitzerorganisationen ausüben konnten, verlangt.“

Hoffte Angriffe auf die Reichstagsmehrheit

Ward in einer Berliner Besprechung des „Unabhängigen Anhalters“ für einen deutschen Frieden „am Sonntag ergebnislos. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Hermann erklärte, daß die Reichstagsmehrheit, bei dem der Grundbesitz entsprechende Berücksichtigung findet, kommen. Sollte die bisherige Vertretung der Haus- und Grundbesitzer in den Stadt- und Landgemeinden nicht aufrechterhalten werden, so müßte in anderer Weise der Bedeutung des Haus- und Grundbesitzes für das Gemeinwohl Rechnung getragen werden. Soweit eine berufsspezifische Vertretung in den staatlichen Wählergruppen in Frage kommt, muß dem ständischen Hausbesitz eine besondere selbständige Vertretung gewährt werden. Insbesondere ist dem Hausbesitz eine eigene Vertretung entsprechende Vertretung im Herrenhaus einzuräumen. Schließlich wird als amtliche Vertretung des Hausbesitzes die Schaffung von Hausbesitzerkammern, deren Aufgaben bis dahin die Hausbesitzerorganisationen ausüben konnten, verlangt.“

Das Ende des badiischen Großblocks.

Zum Meisternachschuß des badiischen Landtags hat der Vorsitzende der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, Genosse Wilhelm Kolb, die Erklärung abgegeben, daß die den Großblock als nicht mehr bestehend betrachte. Daraufhin ist ein Zentrumsamtsmitglied zum ersten Präsidenten des badiischen Landtags gewählt worden.

In einem Leitartikel des Karlsruher Volksfreundes begründet Kolb das Vorgehen der Sozialdemokratie. Nachdem die Nationalliberalen im Reich gegen den Verhandlungsfrieden und in Baden gegen die Festsetzung des Klassenwahlrechts bei den Gemeindewahlen eingetreten seien, sei es für die Sozialdemokratie u. n. d. g. geworden, am Großblock festzuhalten. Hätten die Nationalliberalen im letzten Landtag auch nur einen Versuch zu erkennen gegeben, daß sie ernstlich gewillt seien, zusammen mit den anderen Parteien des Großblocks eine politische Neuorientierung einzuleiten, dann wäre der Großblock nicht in die Brüche gegangen. So aber sei der Widerstand gegen den Großblock in der sozialdemokratischen Partei unvermeidlich angebrochen und die letzte Hoffnung, die Umgestaltung in Baden mit den Nationalliberalen zu bewerkstelligen, mußte schwinden.

Der Vorwärts bemerkt hierzu: Bei der Bedeutung, welche die Bildung des badiischen Großblocks für die deutsche Parteienentwicklung und namentlich für die inneren Kämpfe in der Sozialdemokratie gehabt hat, wird seine Auflösung in der jetzigen Zeit gewiß nicht unbedeutend bleiben.

Zentrumsüberflog bei den Wiener Stadtbürgerordnetenwahlen.

Die Wiener Stadtbürgerordnetenwahlen der dritten Abteilung sind mit einem zweiten Wahlgang für die in der Minorität stehenden Zentrumskräfte beendet worden, wobei wir uns der Zustimmung entziehen. Trotz intensiver Agitation ist es dem Zentrum nicht gelungen, auch nur annähernd die Stimmenzahl von 2240 zu erreichen, die im ersten Gang der bürgerlich getragenen Wahl auf den Genossen Gollmann und Haas entfielen hatten wir hier schon einen Vorsprung von weit über 1400 Stimmen. In die diesmal das Zentrum noch um weitere 700 Stimmen hinter der am 12. Dezember erfolgten Stimmenzahl zurückgeblieben. Die Sozialdemokratie hat einen eindrucksvollen Erfolg erzielt, und dem Rathauszentrum schlagend bewiesen, daß seine Wiederwahl auch unter dem bestehenden Klassenwahlrecht die Gabe erreicht hätte, wenn sich die Parteien im Kampf messen würden.

Wirtschaftliche Maßnahmen im preussischen Landtage.

Im preussischen Abgeordnetentag hat der Abg. Dr. Bell (Eisen) mit Unterstützung des Zentrum die folgende Resolution angenommen: 1. Das Ziel der Kriegswirtschaft besteht darin zu erreichen, daß durch Mittel aus Kriegsteilnehmern, namentlich Angehörigen des gewerblichen Mittelstandes, zugunommen, die durch die Kriegswirtschaft eine schwere wirtschaftliche Schädigung erlitten haben, und zwar unter weitestmöglicher Mithilfe der gewerblichen und gewerkschaftlichen Standesorganisationen, 2. dem Bundesrat dahin zu wirken, daß bei der Abgabe der Übergangswirtschaft folgende Gesichtspunkte berücksichtigt werden: a) weitestgehende Heranziehung des Handels, seine Möglichkeiten und höchsten Leistungen sowie besonders seiner Organisationskraft für die Kriegswirtschaft während der Übergangszeit; b) rasche und gleichmäßige Abgabe der bei Kriegsende noch im Besitz der Seereserveverwaltung befindlichen Vorräte an Rohstoffen, Material und Maschinen zu möglichst billigen Preisen an Handwerker, Bauern und Industrielle ohne Gründung neuer Kriegswirtschaften, wobei in erster Linie so weit als möglich durch den Krieg geschädigte Handwerker und Gewerbetreibende zu berücksichtigen sind; c) Förderung der Erziehung von Arbeiterführern und Arbeiterorganisationen und der Erziehung von Arbeiterführern und Arbeiterorganisationen und der Erziehung von Arbeiterführern und Arbeiterorganisationen; d) Unterstützung der durch den Krieg über und übertragene wirtschaftliche Maßnahmen besonders durch betroffenen mittleren und kleineren Gewerbetreibende durch vorzugsweise Zuteilung von Rohstoffen und öffentlichen Arbeiten, besonders an die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen für Großhändler ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt ihrer Gründung.

Die Wahlreformdebatte im preussischen Abgeordnetentag wird am Mittwoch um 11 Uhr beginnen. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß die Konserverpartien dem gleichen Wahlrecht die stärkste Opposition machen und zu dessen Verhinderung den Antrag auf Einführung des berufsspezifischen Wahlrechts stellen wollen.

Wahlreform auch in Braunschweig. Das Berl. Tageblatt meldet: Am eine Landtagswahlreform in vollstimmigen Sinne auch im Herzogtum Braunschweig nach Kräften zu fördern, ist jetzt der Fortschrittliche Verein in Braunschweig mit den übrigen politischen Parteien in der Stadt, bei denen er voraussetzt, daß sie für eine freiheitliche Gestaltung des Wahlrechts zu haben sind, in Verbindung getreten. Die Vorlage für eine Landtagswahlreform dürfte bereits in einer der nächsten Wochen den Landtag beschäftigen.

Vergeltungsmaßnahmen. Die französische Regierung hat die Wolffs Telegraphenbüro meldet verboten, den kriegsgefangenen und zivilinternierten Deutschen Zinsloseine französischer — und auch russischer — Wertpapiere auszugeben. Den Angehörigen Kriegsgefangener und zivilinternierter wird daher empfohlen, derartige Zinsloseine nicht mehr nach Frankreich zu senden. Eine entsprechende Anordnung gegen die feindlichen Kriegsgefangenen und zivilinternierten (Franzosen) in Deutschland ist ebenfalls.

Zur Reichstagswahlwahl in Baden. Die Konvention des 3. badiischen Wahlkreises haben am Sonnabend in einer Vertrauensmännerversammlung in Baden beschlossen, den Justizrat Dr. Ernst Hermann als Kandidaten auszustellen. Damit ist der Großadmiral v. Tirpitz endgültig unterbürgerlich. Wenn auch die Deutschösterreichischen an ihrer Kandidatur des Generalmeisters Weglich-Dresden festhalten, so werden bei der Wahl wohl konservative Kandidaten um das Erbe Göttes kämpfen, von denen aber voraussetzlich keiner das Ziel erreichen wird.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 4. Dezember. Zum Ende des Londoner Vertrags schließt der Fürstentum: Ein lebender Zeitsinn ist durch die Gewalt des militärischen Lebens ins Nichts geföhrt worden! Der Londoner Vertrag ist nicht mehr. Die Stunde, da zum ersten Mal deutsche, österreichisch-ungarische und russische Unterhändler zusammentraten, die Bedingungen eines Waffenstillstandes festzusetzen, hat ihn getötet.

Kagan (Schweiz), 4. Dezember. Der schweizerische sozialdemokratische Parteitag beschloß eine Sympathie-Erklärung für Rußland.

Genf, 3. Dezember. Nach Telegrammen aus Stockholm meldet die Petersburger Prawda: Die gewünschte russische Volksovertretung tritt noch im Dezember zusammen. Ihr erster Beratungsvergänger ist die Zustimmung zum Friedensvertrag der gegenwärtigen Regierung. Die bisherigen Wahlregeln führen eine Zweidrittelmehrheit für sofortigen Friedensschluß.

München, 3. Dezember. Allgemeines Handelsblatt zufolge meldet Daily Chronicle, daß die Gesundheit des britischen Botschafters in Petersburg sehr gelitten habe, daß er aber vorläufig auf seinem Posten zu bleiben gedenke.

München, 3. Dezember. (Privatmeldung.) Den Botschaftern zufolge ist in den Vereinigten Staaten die Holländerin Anna Huttena wegen Spionage für Deutschland festgehalten worden.

Berlin, 3. Dezember. Französische Blätter melden aus Washington: Die neue Botschaft Williams an den Kongress befragt, das amerikanische Kriegsziel sei die Sicherung der Demokratie in der ganzen Welt durch Fortsetzung des Krieges.

Genf, 3. Dezember. Der Kriegsrat in Versailles. Dem Berliner Tageblatt wird telegraphiert: Die Pariser Konferenz konnte, wie das Echo de Paris meldet, über keinen der Vorschläge für eine fünftägige gemeinschaftliche Oberleitung aller Streitkräfte der Entente schlußfassen. Das Blatt fügt hinzu, daß die Einzelheit der Operationen Fortschritt gemacht habe. Die in Versailles abgehaltenen Sitzungen des Obersten Kriegsrates, in denen vorzüglich nach Frankreich, England und Italien vertreten sind, dauern fort.

Über d... der Hilt... gebt, teilwe... anfangung... wiesen, daß... 1858 gebore... die mindeste... oder angeleh... gültig, als Se... zersetzleber... ständen, oder... werden als we... trefelge Kuns... gehalten Se... Dauer verlän... daren, auch... die dem eing... land ihren A... oder dahin g... Zur Zeit... des 17. Feb... in Entlassen... Über Z... noch allgeme... worten. Die... deshalb mög... lich im Laufe... des ordnung... brauht eine... erfragter Me... der Arbeitsst... Leben schrift... ungenau M...

Freitag nach... so bösartig... die sich gegen... auf einen er... zehnjährig rü... gegen seinen... vertriebe, die... in diesem Sch... können Sch... die Menschle... erbilligen f... und das ver... es denn aus... milder, ganz...

Es ha... seine früh... keinen red... „Mio... „Ara... Bedarf m... „Mee... „Ob... und der p... nur erst n... laut alles... eigen drei... ebbis mit... „Ei... mir. Ich... nach mehr... neuerung... „Dau... hinunter... „Was... wenn er... verzürmer... und fieber... bin vertrie... nachgehende... das Wort... unter der... fieren, da... reden. G... viel zu... bedroht... zum Str... „Zu... mit dem... verprobt... felerete.“

um ein... wußt den... forschend... nicht, Ad... schäften... das ist e... Bild um... Wie gel...

Bekanntmachung.

Freibant-Verkauf.

Zum Freibant-Verkauf am 5. Dezember werden die Inhaber folgender Nummern zugelassen:
 Am 8 Uhr Nr. 3301—3400
 „ 9 „ „ 3401—3500
 „ 10 „ „ 3501—3600
 „ 11 „ „ 3601—3700
 „ 12 „ „ 3701—3800
 „ 1 „ „ 3801—3900.

Halle, den 3. Dezember 1917.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Zwecks Auserverloerung der Gefangenenskommandos, die von einem Unternehmer verpflegt werden, und der Kommandos auf Arbeitsstätten, auf denen bis zu hundert Kriegsgefangene sind, werden die Inhaber der betreffenden Firmen aufgefordert, die Zahl der in der Zeit vom 1. bis 30. November 1917 beschäftigten Kriegsgefangenen und deren Wachmannschaften binnen 3 Tagen schriftlich im Städt.-Ernährungsamt, Marktplatz 22, 2. Obergesch. Zimmer 3, vormittags von 8 bis 11 Uhr anzumelden.
 Die Ausstellung und Aushängung der Besuchscheine erfolgt gleichzeitig mit der Anmeldung.

Halle, den 3. Dezember 1917.

Der Magistrat.

Abfah von Dörrgemüse.

Auf Grund von § 2 der Verordnung über die Verarbeitung von Gemüse vom 5. August 1916 (Reichsgesetzbl. S. 914) wird mit Genehmigung des Bevollmächtigten des Herrn Reichsanstalters folgendes bestimmt:

1. Anstelle der im § 2 der Bekanntmachung der Kriegsgesellschaft über den Abfah von Dörrgemüse vom 1. Februar 1917 (Reichsanzeiger Nr. 32) festgelegten Höchstpreise dürfen die Hersteller von Dörrgemüse beim Abfah folgende Preise nicht überschreiten:

1. für Stedrüben	für 100 kg netto	190.— M.
2. „ Karotten	„ „	350.— „
3. „ Wirsingohli	„ „	385.— „
4. „ Weißkohli	„ „	310.— „
5. „ Grünkohli	„ „	354.— „
6. „ Rotkohli	„ „	340.— „
7. „ Spinat	„ „	310.— „
8. „ Zwiebeln	„ „	525.— „
2. Dörrgemüse in der Zusammenlegung von:

a) 55 Prozent Stedrüben	für 100 kg netto	276.— M.
20 „ Karotten	„ „	304.— „
10 „ Wirsingohli	„ „	304.— „
10 „ Wirsing	„ „	304.— „
5 „ Suppengrün	„ „	304.— „
b) 35 Prozent Stedrüben	für 100 kg netto	276.— M.
20 „ Karotten	„ „	304.— „
10 „ Wirsingohli	„ „	304.— „
10 „ Wirsing	„ „	304.— „
5 „ Suppengrün	„ „	304.— „

2. Die Herstellung von Dörrgemüse ohne Beimischung von Suppengrün ist unzulässig.
3. Die Preise gelten für sorgfältig und sauber gewasene Ware, blanchiert oder nicht blanchiert, unperdabt ab Verpackungsort.
4. Für die Verpackung in Kisten ist ein Aufschlag von 20.— M., in Jute oder Papiergewebefäden bis zu 15.— M., in Krepppläden und vierfach gefaltete Papiertüte bis zu 10.— M. für je 100 kg zulässig.
5. Für Gemüseohli und Gemüsepulver darf für Packtrodung und Beseuchung ein Aufschlag von 60.— M. für 100 kg zu den in § 1 festgelegten Höchstpreisen berechnet werden.
6. Gemüsepulver oder Gemüsepulver aus minderwertigem Dörrgemüse oder aus minderwertigen Abfällen von Dörrgemüse dürfen nicht hergestellt werden.
7. Soweit nach den näheren Bestimmungen der Landeszentralbehörden die weitere Verteilung des Dörrgemüses leitens der in § 1, Abs. 2 der Bekanntmachung der Kriegsgesellschaft vom 1. Februar 1917 (Reichsanzeiger Nr. 32) bezeichneten Stellen dem Groß- und Kleinhandel überlassen wird, dürfen im Großhandel höchstens 75 Prozent, im Kleinhandel höchstens weiter 20 Prozent zu den in § 1 festgelegten Preisen hinzugezählt werden.
8. Die Bestimmungen der §§ 1 und 3 der Bekanntmachung der Kriegsgesellschaft über den Abfah von Dörrgemüse vom 1. Februar 1917 (Reichsanzeiger Nr. 32) sowie der Schiedsgerichtsordnung für Streitigkeiten aus der Lieferung von Dörrgemüse bleiben unberührt.

Auf die Strafbestimmungen der vorgenannten Verordnung vom 5. August 1916 wird ausdrücklich hingewiesen.
 Berlin, den 22. November 1917.
 Kriegsgesellschaft für Dörrgemüse m. S. S.
 Roppel.

Bekanntmachung.

Wanderungen

- zur Verordnung vom 6. November 1917 betr. die Vorführung der Pferde bei Pferde-Vorstellungen.
1. Der § 4 erhält folgende Fassung:
 Vom Tage der Bekanntmachung bis zur Beendigung der Pferdevorstellungen in dem jeweils in Betracht kommenden Kreise ist allen zu dem betreffenden geschlossenen Veranstaltungsort gehörenden Personen jede rechtsgesellschaftliche Verfügung über ihre Pferde ohne schriftliche Genehmigung der Militärbehörde untersagt.
 Auch für Pferdeaushebungen gilt dieses Verbot in demselben Umfang.
 Der Tag der Beendigung ist von Fall zu Fall von der Kreisbehörde genau festzulegen und öffentlich bekannt zu geben.
 Anträge auf Befreiung hier von sind an die Pferdeaushebungskommission Halle a. S. zu richten.
 2. Der § 5 ist zu freieren. Die darin enthaltene Bestimmung, daß über die als tauglich zum Besetzen vorgemerkten Pferde nur mit Genehmigung der Militärbehörde rechtsgesellschaftlich verfügt werden darf, wird außer Kraft gesetzt.
 3. Die §§ 6 und 7 sind als §§ 5 und 6 umzubedeutigen.
 Magdeburg, den 30. November 1917.
 Der stellvertretende Kommandierende General des IV. Armeekorps:
 Götting.
 Generalleutnant.

Bekanntmachung.

Die Inhaber von Bühnen- und Randbühnen, sowie die Bühnengewerbetreibenden werden hierdurch aufgefordert, die für den Monat Dezember 1917 gültigen Liefermarken, und zwar die Gefäßtitelblätter mit den Anfangsbuchstaben A—J am Dienstag, dem 4. und diejenigen mit den Anfangsbuchstaben K—R am Mittwoch, dem 5. und diejenigen mit den Anfangsbuchstaben S—Z am Donnerstag, dem 6. Dezember 1917, vormittags von 8 bis 12^{1/2} Uhr, im Stadt-Ernährungsamt, Marktplatz 22, 2. Obergesch., Zimmer 9, in Empfang zu nehmen.
 Halle, den 3. Dezember 1917.
 Der Magistrat.

Alte Promenade 11a Fernruf 5738. Leipzig Str. 86 Fernruf 1224.

UT

Gunnar Tolmäs Bruno Decarli

in: „Der Narr seiner Liebe“ „Der Richter“

Die Tragödie eines großen Schauspielers in 4 Akten. Filmdrama in 4 Akten von Hans Land.

Vorführung: 4.40, 6.50, 9.10. Vorführung: 4.40, 7.00, 9.20

„Zwischen zwei Feuern.“ „Ballzauber“

Entzückendes Lustspiel von Leo Peukert. Erstklassiges Lustspiel — 3 Akte

Freikarten haben nur bis 6 Uhr Gültigkeit.

Anfang 4 Uhr

Gustav Uhlig Untere Leipziger Straße

Billige, gute Bezugsquelle in vortheilhaften Musikinstrumenten für unlerer Krieger im Heide und Verwandten in der Heimat. Douceur, rein abgemildert. — Mundharmonikas, Mandolinen, Gitarren, Wiener Ziehharmonikas.

Sonntags geöffnet von 1^{1/2} bis 1^{1/2} Uhr.

Dr. Ed. David Mar.

Wer trägt die Schuld am Kriege?

Diese Frage hat Genelle Edward David in einer von dem holländisch-französischen Arbeitskomitee in Stockholm am 6. Juli 1917 gehaltenen Rede beantwortet. Diese Rede ist unter bezeichnendem Titel lesend in unserem Kreis im Buch erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die unvollständigen Verhandlungen — Die Entente als Selbstverleugung — Die Rolle der Zentralmächte — Die Einwirkung Deutschlands — Die Größe der Gefahr für Deutschland — Der Ausbruch der Krise — Die Straftatäre ist auch durch die Buchhandlung zu beziehen. Der Preis beträgt 1.— Buch.

Verlangen Sie in meinen sämtlichen Filialen meine delikate hochfein schmeckende

Sülze Pfd. ^{1/4} 50 Pf.

Kostproben lasse gern gratis verabreichen, damit Sie ohne Unkosten den guten Geschmack prüfen können.

Wer probt lobt!

Albert Knäusel, Halle-Ammendorf.
 Kontor u. Lager: Kl. Ulrichstr. 24b.
 Fernruf 1484.

Buchhandlung der Volksstimme

Fernsprecher 5407 HALLE Gr. Ulrichstraße 27

Empfehlenswerte Schriften belehrenden und unterhaltenden Charakters:

Die Gleichheit Zeitschrift zur Verfechtung der Interessen der schaffenden Frau. Einzelnummer 10 Pf.

In freien Stunden Wochenschrift, enthaltend interessante Erzählungen für jede Arbeiterfamilie. Wöchentlich eine Nummer zum Preise von 15 Pf.

Der Wahre Jacob Illustrierte politisch-satirische Wochenschrift, die einzelne Nummer 10 Pf.

Berliner Illustrierte Zeitung Einzelnummer 10 Pf.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek herausgegeben unter Leitung von Dr. med. Zadek. Ca. 50 verschiedene Bändchen à 20 Pf.

Dokumente zum Weltkrieg Bearbeitet von Eduard Bernstein

Reichhaltige Roman-Bibliothek der beliebtesten Autoren.

Für die Schneiderei:
 Modenzeitung / Frauenzeitung / Praktische Damenmode
 Hausschneiderei/Sonntagszeitung/Deutsche Modenzeitung

Arbeiter, abonniert auf die Volksstimme!

Die Buchhandlung der Volksstimme empfiehlt zum Feste ihre reichhaltige

Weihnachts-Bücherei.

Spannende Märchenbücher für Knaben und Mädchen
 Interessante Geschichtsbücher für die reifere Jugend

Reich illustriert in den verschiedensten Preislagen.

Buchhandlung der Volksstimme
 Große Ulrichstraße 27.

Der Neue-Welt-Kalender für 1918

wieder vorrätig. — Preis 50 Pf.

Buchhandlung Volksstimme, Große Ulrichstraße 27.

Stadt-Theater

Mittwoch, den 5. Dez. 1917 Anfang 7.30 Uhr Ende 10.15 Uhr

Der Waffenschmied. Komische Oper v. Vorhagen. Donnerstag: Die Komödie der Brungen.

Möbel Wohnungseinrichtungen Toppreise in großer Auswahl Eichmann & Co. Gr. Ulrichstr. 31

Die große russische Revolution. Von N. G. Beron. Mit Illustrationen u. Wortbild. Zu beziehen durch die Buchhandl. Volksstimme Halle, Gr. Ulrichstraße 27.

Halle und Saalkreis.

Halle, 4. Dezember 1917.

Die Meldepflicht der Hilfsdienstpflichtigen.

Ueber die Tragweite der neuen Bestimmungen über Meldepflicht der Hilfsdienstpflichtigen herrscht, wie aus zahlreichen Anfragen hervorzuhehen, teilweise noch die größte Unsicherheit und Unklarheit. Auf Veranlassung der zuständigen Stelle wird deshalb nochmals darauf hingewiesen, daß sich die Meldepflicht erstreckt auf: alle nach dem 31. März 1858 geborenen männlichen Deutschen sowie Oesterreicher und Ungarn, die mindestens 17 Jahre alt und weder zum Seeresdienst eingezogen oder angelehrt noch rekrutiert sind. Sie sind sonach meldepflichtig, gleichgültig, ob sie bereits in Rüstungsbetrieben beschäftigt sind oder selbständig Seereslieferungen ausführen oder nicht, ob sie bei Staats-, Gemeinde-, Straßen- oder sonstigen Behörden beschäftigt sind oder privaten Betrieben als Prinzipal, Angestellter oder Arbeiter angehören. Jergeweihe Ausnahmen bestehen nicht mehr.

Meldepflichtig sind ferner: alle aus dem Meer oder der Marine ausgehenden Personen, alle, die der bürgerlichen Ehrenrechte auf Zeit oder Dauer verlustig gegangen sind, alle zeitig oder während Kriegsandrangenen, auch die nicht mehr zu kontrollieren. Ferner solche Personen, die dem eingangs erwähnten Personenkreis angehören, bisher im Ausland ihren Aufenthalt hatten und nach Deutschland zurückgekehrt sind oder dahin zurückkehren.

Zur Zeit sind nicht 17 Jahre alte Personen werden mit Vollendung des 17. Lebensjahres meldepflichtig und damit meldepflichtig, ebenso die jetzt und in Zukunft vom Militär als zeitig oder dauernd unbrauchbar Entlassenen mit dem Zeitpunkt der Entlassung.

Ueber Zeit und Ort der Meldungen ergeben in allerndmüßiger Zeit noch allgemeine Bekanntmachungen der Behörden. Diese wollen man abwarten. Mit der Meldung ist eine Einstellung noch nicht verbunden, deshalb wollen man von vorzeitigen Resignationen usw. absehen. Wer sich im Laufe dieses Jahres bereits gemeldet hat und dies durch Vorlage des ordnungsgemäß abgeleiteten Kontrollzertifikats nachweisen kann, braucht eine neue Meldekarte nicht auszufüllen. Doch sind alle nach erfolgter Meldung etwa eingetretenen Veränderungen der Wohnung oder der Arbeitsstelle dem zuständigen Einberufungsausschuß jeweils in drei Tagen schriftlich oder mündlich anzuzeigen. Unterlassung, verspätete und ungenaue Meldung ist strafbar.

*** Es ist Winter geworden, ganz plötzlich, wie über Nacht!** Schon am Freitag sank das Thermometer bedeutend, und am Samstag setzte ein so heftiger Wind herauf, wie seit langem nicht mehr. Inzwischen ist die Luft gegen Abend bereits schneehaltig geworden, und die Luft ist ein ernstlicher Angriff des Winters gefolgt worden konnte. Zeitig ist die Luft am Sonntag an, diesmal vollkommen ernstlich entgegen seine Lehungen von den Wolken vorher. Eine empfindliche Kälte herrscht, die sich gegen Abend und noch mehr auf die Nacht zu weiterhin verschärft. Dazu liegt am Abend ein Schneestreiben ein — das erste in diesem Winter! — das bald einen weissen, wenn auch vorläufig noch dünnen Schleier über Straßen und Häuser legt. Und als am Montag die Meldepflicht ermahnt, da zeigte ihr der getreue Herr Winter seinen empfindlichen Regimentsantritt durch eine Kälte bis 2 Grad unter Null und das veränderte Aussehen der menschlichen Wohnstätten an. So ist es denn auch geblieben. Zwar wurde es während des Tages etwas milder, ganz natürlich. Aber der eifrige Wind blieb doch bestehen, und

er verschärft bald wieder die Kälte. Dazu „neht“ es nach Schnee, wie es im Volksmunde heißt, und der Himmel hängt aus voller Schneewolke. So können wir uns also genötigt, auf den Winter einzurichten.

*** Petroleum für den Dezember.** Die zur Entnahme von Petroleummarken berechtigten Haushaltungen und Personen (Einzelhaushalte, Untermieter) erhalten, soweit sie nachweislich kein Gas oder elektrisches Licht in ihren Wohnräumen haben, für die dritte Vierteljahrsperiode vom 1. bis 31. Dezember 3 Petroleummarken, die zum Einkauf von 1/2 Liter Petroleum zum Preise von 36 Pf. pro Liter im Kleinhandel berechtigen. Die Petroleummarken werden gegen Vorlage einer entsprechenden, vom Hauswart ausgefertigten und vom zuständigen Polizeirevier bestätigten Bescheinigung gleichzeitig mit den Brotmarken in den Brotmarkenausgaben abgegeben, und zwar wird für die Wochen vom 2. bis 8., 15. bis 21. und 22. Dezember je ein Petroleummarkte ausgegeben. Frühstückser, d. h. Personen, die zu früher Morgenstunden zu Arbeit gehen, erhalten außerdem 1/2 Liter gegen Vorlage einer Arbeitsbescheinigung neben den anderen Ausweisen ebenfalls in den Brotmarkenausgaben. Die Frühstückser müssen mit diesem Quantum auf jeden Fall den ganzen Monat auskommen, da infolge des Petroleummangels eine weitere Zulage nicht gemacht werden kann.

*** Marmelade gegen Einmachezuckerarten.** Diejenigen Haushalte, die inwieweit die Einmachezuckerarten zum Einkauf von Einmachezucker nicht verwendet werden können, namentlich in nachfolgenden Geschäften Marmelade einkaufen: E. Goffe, Leipziger Straße; S. G. Herber, Markt; S. Giesch, Brüdertstraße. Abgegeben werden auf jede zum Einkauf von 2 Pfund Einmachezucker berechtigte Einmachezuckerarte 4 Pfund Marmelade. Der Verkaufspreis beträgt 90 Pf. für das Pfund. Der Verkauf erfolgt gegen Vorlage des Lebensmittelpasses und Abgabe der oben erwähnten Einmachezuckerarten. Die Einmachezuckerarten verlieren mit dem 7. Dezember ihre Gültigkeit.

*** Der verhängnisvolle Weihnachtsmarkt** wird in der Zeit vom 14. bis 24. Dezember abgehalten. Zugelassen sind nur Händler, die hier ihren festen Wohnsitz haben. Die Ausgabe der Markthandbillet erfolgt Donnerstag, den 6. Dezember, von 8 bis 1 Uhr im Stadthaus, Marktplatz 2, Veranstaltungszimmer 3. Die Anweisung der Plätze findet Donnerstag, 13. Dezember, von vormittags 9 Uhr an statt. Wer den ihm zugewiesenen Platz erweitert, verkauft oder an andre abgibt, macht sich strafbar. Die Huden müssen aus guten Stoffen hergestellt sein; zu ihrer Befestigung dürfen Eiserne Hefen, wegen etwaiger Gefährdung der Rabel des Elektrizitätsnetzes, nicht eingeschlagen werden. Offenes Feuer darf in den Huden unter keinen Umständen unterhalten werden. Jeder Händler hat in seiner Hude außer einem mit Wasser gefüllten Eimer ein feuchtes Stück Seidenzeug zur ersten Hilfe bei Feuergefahr bereitzuhalten. Kohlenstücke müssen mit einem abfallsicheren Deckel versehen sein. An den Sonntagen hat der Verkauf auf dem Markte zu ruhen. Am 13. Dezember liegt der Handel auf die Zeit von 8 1/2 Uhr vorm. bis 5 Uhr nachmittags zu beschränken. Am 24. Dezember abends 10 Uhr muß der Marktplatz vollständig geräumt sein.

*** Volksbildung und Schulwesen.** Bei der für den 5. Dezember bevorstehenden Volksbildung, die der Gewinnung zuverlässiger Jugendunterlagen für eine richtige Rahmungsmittelebene dienlich sein soll, ist die Beteiligung der Lehrerschaft erwünscht. Die Ausstellung der Schulbildungsklassen am 3. oder 4. Dezember, die Wiedereröffnung der ausgeschulten Klassen am 5. oder 6. Dezember erfolgen soll, hat das Ministerium genehmigt, daß in den öffentlichen Volksschulen zu dem obengenannten Tage der Unterricht ausfällt.

*** Wäckerhausrat für Wintervermittelte.** Um für die minderbemittelte Bevölkerung, insbesondere für die heimkehrenden Krieger, die Erlangung preiswürdiger und geeigneten Hausrats sicherzustellen, hat der Brandenburgische Provinzialausschuß die Beteil-

igung der Provinz an einer hierfür bestimmten gemeinnützigen „Wäckerhausrat“ zu Halle a. S. hielt am 1. Dezember wieder eine Sitzung ab, um die Anordnungen der Wäckerhausrat zu prüfen, die zur Weihnachtsfeier vorgelegt sind. Dieser bleiben diesmal die Preise für Schupfer, Wäcker, Kleider usw. unerschwinglich, was um so schmerzlicher wiegt, als viele Kinder, namentlich solche gefallener Krieger, bedürftig werden sollen. Damen und Herren aller Kreise werden deshalb gebeten, mitzubringen und Zigaretten, zerbrochene Zigaretten, Zigarettenränder, leere Zigaretten, Pfeifenkapseln, Pfeifenköpfe, Eisblätter, sowie alte Metallteile nicht fortzuwerfen, sondern baldigst abzuliefern, damit aus dem Erlös die Vermittlung davon verlost werden können. Ebenso finden Gebildeten gute Verwendung. Außer der Hauptkommissionelle H. Lehmann, Zellstraße 38, sind noch Nebenkommissionelle dort vorhanden, wo entsprechende Plätze sich finden. Außerdem nimmt der Leiter dieser Vereinigung, Kaufmann Reinhold Lehmann, Geben oder Sit dankbar entgegen.

*** Beschränkungen im Postpatentverkehr.** Für die Zeit vom 17. bis 23. Dezember treten im Postpatentverkehr weitere Beschränkungen ein. Zur Förderung unter Wertangeboten werden von Privatpersonen nur solche Pakete angenommen, die — abgesehen von den den Inhalt betreffenden Mitteilungen — ausschließlich bares Geld oder Wertpapiere, Urkunden, Gold, Silber, Goldstücke oder daraus gefertigte Gegenstände enthalten. Pakete mit anderem Inhalt finden während der angegebenen Zeit von der Verladung ausgeschlossen. Einbefestigungen werden an den bezeichneten Tagen nicht zugelassen.

*** Einbrauchsbeschränkung.** Am Sonntag nachmittags wurde in eine an der Bismarckstraße befindliche Wohnung eingebrochen. Trotz gabelndem Einbruch mehrere Schränke wurde nichts entwendet.

*** Straßenschnurhülle.** Am Sonntag entlegte in der Poststraße infolge Kältebruchs ein Abhangwagen der Straßenbahn. Der Betrieb mußte einseitig ausnahmsweise werden. — Am Montag früh verbrachte ein Kraftfahrzeug infolge Glätte in der Ludwig-Wäckerer-Straße nicht von den Schienen der Straßenbahn zu kommen. Der Straßenbahnbetrieb wurde hierdurch 18 Minuten gestört.

*** Unterzählung.** Am Sonnabend mittags 12 1/2 Uhr hat ein hier zu Urlaub eingetroffener Polizeioffizier auf dem Hauptbahnhof einem jungen Wäcker seinen Stoff übergeben, mit dem Auftrag, ihn nach der Bismarckstraße zu schaffen. Das ist nicht geschehen, und es muß angenommen werden, daß er den Stoff unterzählt hat. Es handelt sich um einen grauen Offiziersstiefel mit schwarzem Besatz und der Aufschrift: „Wäcker Leutnant d. R. J. N. 610.“ Darin haben sich 6 leinere Herrenhemden, 3 hellgelbe Trikothemden, 3 hellgelbe Mantelchen, 10 weiße Taschentücher, 1 Brauenputzmittel mit brauner Verpackung und 5 Paar graueleinere Herrenstrümpfe befunden. Der Wäcker ist etwa 16 bis 17 Jahre, 1,40 Meter groß, hat buntes Haar, längliches blaues Gesicht und war bekleidet mit grauem Jackettanzug, lederner Infanterieuniforme. Angaben zur Ermittlung des Täters und der Sachen werden von der Kriminalpolizei, Zimmer 36 und 37, entgegengenommen.

Rosi zurück.

28) Eine Geschichte aus den Alpen von Johannes Gertt.

(Nachdruck verboten.)

Es kam ihr auch vor, Rosi sei abgemagert, und gemäß, keine fröhler so hellen Jahren waren trübe. Er hatte auch keinen rechten Appetit.

„Rosi, fragte sie ihn liebevoll, „bist du krank?“ „Krank? Ich? Rosi, was fällt dir ein? Ich bin mein Bestes wie du frust gewesen.“

„Du bist doch nicht essen, bist mager und müde —“ „Oh, das hat gar nichts zu sagen. Die Luftveränderung und der plötzliche Wechsel der Lebensweise — weißt du? Ich war erst noch ein paar Wochen um sein, so wird unsre Bergluft alle wieder in Ordnung gebracht haben.“

„Aber? Rosi meinte, ihr Mann habe das Wort so ganz eigen betont. Was wollte er nur damit sagen?“

„Zweifelnd äußerte sie: „Aber lo!“, lieh's Mann, wenn es bis nit in Ordnung sein sollt, so wär es gäng.“

„Et was, Rosi! Das war ja nur so ne Redensart von mir. Ich bin ganz wohlhaft. Aber du fällt mir ein, daß ich noch meinem Goldhorrat sehen muß, der jedenfalls einer Erneuerung bedarf.“

„Damit ging er rasch zur Stube hinaus und die Treppe hinauf.“

„Was ist denn das? fragte sie Rosi. „Ist neime, wie wenn er ungen mit mir wird redem.“ „Ist kann ich doch mit bezeichnen, wenn er sieht, daß ich um ihn b'orgt bin? G'wis und sicher ist er nicht wohlhaft.“

„Es ließ ihr seine Rede, sie mußte nach einer Weile ihm nachgehen und traf ihn hinter dem Hause in dem Garten, wo das Material seiner Kunst aufbewahrt war. Da frante er unter den Säulern und Brettern herum, in Gedanken bedrückt, daß er seine Frau lange dastehen ließ, ohne sie anzureden. Endlich sagte er: „Mit dem Zeug da ist nicht mehr viel zu machen. Ich muß je baldig je besser neuer Vorrat beschafft werden. Ich will drum noch heut in d' Hölle nachtrag zum Strobelhäupt.“

„Zum Strobelhäupt? Aber du wolltest ja nichts mehr mit dem Mann zu tun haben, seit er dir bot zwei Jahren das verbrauchene und zur Hälfte schon vorausbezahlte Holz nicht hielte.“

„Sie sprach das arglos so hin und dachte sich dabei nicht um ein Haar mehr, als sie sagte. Dennoch schien ihr Einwurf den Rosi unangenehm zu berühren. Er war ihr einen fortdauernden Seitenblick zu und entgegnete: „Das verstehst du nicht, Rosi. Ihr Weiber versteht überhaupt nichts von Gewässern. Der Strobelhäupt ist ein Bräuntsbild, ein Schütz, ja, das ist er; oder daneben hat er wie kein zweiter centum nen Bild und Schütz, d' best Holz s' finden und herbeischaffen. Sie gesagt, das verstehst du nicht.“

„Das mochte nun wohl so sein, und Rosi gab in ihrer Bescheidenheit unbedenklich zu, daß ihr Mann recht habe. Aber so kurzweg, fast barth hatte er sich zum heutigen Tag noch nie zu ihr gesprochen. Es traf sie hart, und sie fühlte, daß ihr die Tränen in die Augen stiegen; aber sie bezwang sich und schwie. Sie wollte ihn nicht reizen, um seinen Preis, jetzt, da er augenblicklich frant war. Denn wie hätte er sich sonst gegen sie so unbedenklich bezeugen können?“

„Er schwieg ebenfalls ein Weile, Säulern und Brettern umher, von ihren Schritten riefend und dann wieder hinweg. Denn begann er wieder: „Et, Rosi — ja, das hab ich dir noch gar nicht erzählt. Denk dir, ich hab' s' Berlin aus einer Bekanntschaft von Windgellen getroffen.“

„Er sagte das so leichtsin, wie man von einer reinen Vagatellische zu sprechen pflegt. Aber es war eine natürliche, sondern eine gemachte Wichtigkeit in seiner Stimme und Betonung.“

„Einen Bekannten von Windgellen?“ fragte Rosi mit unbefangener Neugier.

„Ich sage nicht: einen Bekannten.“

„Was meint' er?“

„Keinen Er, aber eine Sie.“

„Ja lo! Aber was könnt denn das für eine sein?“

„Hat mal?“

„Ja, hat schon, aber ich errat's gäng nit.“

„Wäckerlich nicht?“

„Wäckerlich, nein.“

„So, du wirst Augen machen, wenn ich dir sag, daß ich s' Berlin s' Schwarzzeil aus der Hölle nachtrag getroffen.“

Rosi machte jedoch zu dieser großen Neugier gar keine besonderen Augen, sondern fragte ohne großen Anteil: „Was, Rosi? s' Effi, das weggelaufen wird Chind aus der Hölle nachtrag?“

„Eben s' Effi. Du würdest's aber nicht mehr erkennen. Aus dem Chind ist ne staatsmäßige Dam worden.“

„Was du nit sagst, Rosi, ne Dam? Das hört man wohlri dem wilden Baggagel mit anseheben. Aber wie ging denn das zu?“

„Ja, ließt du, s' muß ich anfangs da draußen im Dürftland recht knapp gegangen sein. Sie will auch davon nicht viel wissen oder wissen lassen. Soviel merk ich, daß sie eine Zeitlang beim Theater gewesen sein muß.“

„Beim Theater? Unter den Komödianten? Da hat sie gäng nit viel Guts g'leben und g'leert. Mit drum, sie war ja von klein auf ein leidenschaftig's Dingli. Aber ich will ihr damit kein Unrecht tun. s' hat mich oft verbermt, daß es unter Leuten wie der Strobelhäupt und s' Strobelhäupt aufzuwachen muß.“

„Ist kann sich gäng in der Fremde draussen auch geberst haben. Sag doch, mein ich, der Herr Wäcker mal in der Zinib' sag, daß es neime auch unter dem Komödianten recht schaffene Welt.“

„Ja, wohl, ja, wohl. Du mußt dir die Komödianten bei den

großen Theatern nicht vorstellen wie die, welche auf unsern Jahrmärkten herumziehen. Das sind Künstler und Künstlerinnen, Rosi, ja, Herren sind's und Damen.“

„Und lo ne Dam' ist s' Effi? Drum wollt der Strobelhäupt nit sagen, was für eine, als er gäng noch Jahr um die Zeit mit sei in Löhrtler so schill' grobalt im Dorf!“

„Nein, sie ist keine Theaterdam' mehr.“

„Was denn?“

„Sie ist Hauskaltlerin bei unserm Freund, dem Herrn Baron von der Schmardt.“

„Hauskaltlerin? Das ist gäng g'wähig. Wie sollt s' Effi lo sein Hausloft führen können?“

„Oh, sie hat damit nicht viel zu tun. Ihr Hauptgeschäft ist, dem Baron vorzulesen.“

„Vorzulesen? Kann er denn nit selber lesen?“

„Freilich, aber weißt, große Herren wollen's bequem haben.“

„Und bei dem Herrn Baron hast du s' Effi getroffen?“

„Wo sonst? Sie hatte eine große Freude, wieder mal einen Randsmann zu sehen — und daß ich's nicht verzeß, lie läßt dich schon grüßen.“

„Was hast du noch dabeiin war, hat sie mich ja nit ausstehen können und hat mir, obgleich ich ihr mit Wissen nie ebb' s' leid hat, mit ihrem leien Mundstück manchen Schütterlich (Schimpf, üble Nachrede) a'ghängt.“

„So, sie hat mit dem Baron erinnert und, indem sie bellaut lachte, geogt, es sei aus purer Eiferlust gechehen.“

„Aus Eiferlust? Das Ding war ja noch ein Kind. Das ist mirklich zum lachen. — Aber lo!, Rosi, der Herr Baron hat doch eine Frau?“

„Nein, er hat nie eine gehabt.“

„Er hat keine Frau und lebt mit so nem jungen Weidchi im Saas? Rüdli!“

„Oh, jetzt tußt du dem Baron und dem Effi unrecht! Er ist ja lo, daß er ihr Großvater sein könnt.“

„Wie eifrig er das lacht! Rosi, wie eifrig, als daß Rosi der Sache nicht größere Beachtung als ich hätte hätte schenken sollen. Sie schaute verunmüdet auf und nach ihrem Vatter hin. Aber der war, von ihr abgelenket, wieder in seinem zwecklosen Gerummeltraum begriffen.“

„Ist neime wunderlich! dachte sie mehr nur laut, als sie es sagte oder logen wollte.“

„Was?“

„Daß du mit mir von dem Effi g'schrieben.“

„Et, was denkst? Das schien mir gäng zum Schreiben gar nicht wichtig genug.“

„Er stundte und legte nach einer Weile, in ein gewöhnliches Buchen ausbrechend, hinzu: „Am End bist gar jetzt du eifrig, Rosi? Aber komm, sei kein Wäcker! Ob mir's Reipverbot, s' ist Zeit dazu, und ich will dir zeigen, daß ich essen mag. Fernach muß ich in d' Hölle nachtrag.“ (Fortsetzung folgt.)

Theater, Gehenswürdigkeiten usw.

Stadttheater

Das neueste Werk des Komponisten der Oper „Tiefland“, **„Die Opfer des toten Agens“**, deren Uraufführung am Sonntag im Theater, gelangt am Sonntag zur dritten Aufführung. Es ist ein Werk, das die Seele des Komponisten in vollster Freiheit und in freier Bewegung auf der Bühne ausdrückt. Dessen künstlerische Leitung hat Cesar Braun und Leopold Gasse übernommen. Die weibliche Hauptpartie wird Dina Waldenborn spielen. — Der Spielplan der Woche bringt heute, Dienstag: „Tiefland“, Mittwoch: „Der Waisenjunge“, Donnerstag: „Die Komödie der Irrungen“, Freitag: „Die verkaufte Braut“, Samstag: „Der Waisemann“, Sonntag: nachmittags 3½ Uhr: Volksspiel bei ganz kleinen Preisen: „Gespinnst“ von Jben.

Berträge des Bundes zur Erhaltung und Förderung der deutschen Volkssprache. Am Donnerstag, 6. Dezember, abends 8½ Uhr, wird in den Thalia-Sälen Herr Dr. Hagen über: „Ausspruch in der Bühnensprache“ sprechen. Es ist eine alte Erfahrung, daß der Kunstschaffende mit dem Wesen der Bühnensprache weniger angetan ist als mit dem Wesen der Umgangssprache, die er im Publikum trifft. Und doch haben diese Werke unendlich viel mitzuteilen, sind nicht weniger Schöpfungen eines großen Volksbewußtseins als jene. Ganze Jahrhunderte haben in der Bühnensprache die höchsten Leistungen hervorgebracht, und Generationen sind sich dem modernen Einfluß bildnerischer Ausdrucksweise nicht entziehen können. Man kann den Reichtum nicht nachvollziehen, den die künstlerischen Gestaltungsbedingungen der plastischen Arbeit und die besondere Romantizität des Plastikers zu kennen. In all diesen besonderen Fragen des Verständnisses für Plastik und plastische Gestaltung soll der Vortrag des Herrn Dr. Hagen einleiten, der von zahlreichen Schülern begleitet sein wird.

Aus der Provinz.

Weihenfels. Das Kriegsnagel der Stadt, das seit vorigem Jahr im Verkehr ist, soll eingezogen werden. Da sich die Papierrolle nicht benutzen lassen, sollen für 1860 M. Geldstücke und zwar 100 000 Zehnmarkstücke in Metall, beschafft werden.

Kriegsflüchtlinge. Der Vaterländische Frauenverein hielt vorige Woche seine diesjährige Generalversammlung ab und erzielte dabei folgenden Bericht über seine Tätigkeit in der letzten Jahresperiode. In dem Jahre wurden 56 Kinder aufgenommen, darunter 19 Kriegskinder. Weiterhin wurden 7222 Bekleidungsstücke, 49 Nachtmöden gehalten, 315 Kranke, darunter 48 Wöchnerinnen gepflegt, 238 Familien unterstützt. Der Verein hatte ferner die Versorgung der Mütter und Säuglinge in den 4 Lazarett-Stationen, Garnisonen, Kasernen, sowie in den Gefangenenlagern, die „Hilfsheime“ für Auswanderer der letzten Woche, bedürftige die Arbeitslose Heimarbeiterinnen und solche fern: 6010 Paar Strümpfe, 5000 Wägenänder, 73 700 Knöpfe, 6760 Domben, 450 Pfeifen. Die Erziehungskasse, verbunden mit Verband, besaß die Sanitätskolonne und Liebermannsraum verfügte 56 281 Mann. Außerdem wurden 2223 Bekleidungsstücke ins Reich geschickt und den Verbunden im Lazarett Bekleidungsgegenstände verschickt. Die Sammlung für die gefangenen Deutschen ergab 4438 M. Die Kriegskantendecke hat bereits 4658 Portionen abgegeben. Die Rechnung der Gesellschaft für 1916 ab mit 445 079.10 M. in Einnahme, 431 721.25 M. in Ausgabe und 13 357.85 M. Bestand. Welche Summen für die Kriegskinder betragen sind 1914—1916 dafür einse: Zahlen: für Internationales 46 677.36 M., für Reich 261 163.25 M., für Sprünge 27 392.42 M., für Weib 16 011.76 M.

— **Neue Schiedsmänner.** Der Rentner Albert Winter ist zum Schiedsmann für den 5. Bezirk, der Kaufmann Heinrich Schöber zum Schiedsmannstellvertreter für den 5. Bezirk wiedergewählt und auf eine weitere dreijährige Amtsdauer verpflichtet worden.

Russische Hungersnot und der Frieden.

Man schreibt der Deutschen Orientkorrespondenz: Die Bolschewikregierung hat das infolge des Krieges desorganisierte russische Reich in einem Zustand der völligen politischen und wirtschaftlichen Auflösung angetroffen. Man kann, ohne den Zufahren Gewalt anzusetzen, nicht behaupten, daß die Länder dieser Schwereitigen erst gemordet sind. Zahlreiche Gouvernements, namentlich im Süden und Osten des Reichs, sind in Unruhe. Dort heuern sich die landwirtschaftlichen Erzeugnisse in den Lagern der Kavallerie und Landwehr und verderben in Massen. Dagegen herrscht im Westen und Norden Russlands bereits eine Hungersnot, wie sie sogar in Jahren völliger Mähernten nicht aufgetreten ist. Als Gründe für diese Zustände kommen das Vorhandensein der getarnten Gütererleichterung und die Anarchie, die einen Anbruch in den Hungerzuständen in Betracht. Nachkommen nationaler Schwereitigen. Die Transportmöglichkeiten auf der Eisenbahn mindern sich im gleichem Maße, wie die Wasserläufe austrocknen. Die sichere Gewissheit dieses Winters ist ein Hungertod in allen

russischen Städten und an dem Fronten. Wenn heute weite Kreise des Volkes fragen um jeden Preis zu wissen, so kommt darin die wahre Stimmung des Landes zum Ausdruck, eine Stimmung, die unter dem Druck der augenblicklichen Verhältnisse sich gar nicht anders äußern kann. Mit dieser Hungersnot rechnet die Bolschewikregierung als einer unabänderlichen Tatsache, die das massenhafte Verderben der vorhabenden Lebensmittel nach beschleunigen wird. Der Sonderfrieden ist daher für Russland gesamtartig nicht der unerantwortliche derberechtigte Vordruck einer sozialistischen Wäuberhorde — wie ihn die Blätter der Entente darstellen — sondern er ist der einzige mögliche Weg, auf dem Millionen russischer Volksgenossen vor dem gewissen Hungertod bewahrt werden können. Wie sich die Lebensverhältnisse im weiten Reich bei Abschluß eines Sonderfriedens und nach der Rückkehr des größten Teils der Fronttruppen in die Heimat bessern sollen, ist heute auch für die jetzige Regierung noch eine offene Frage von ungeheurer Verantwortung. Nach den Berichten russischer Mütter lenne manbe auch die Fronttruppen schon ungenügend unter dem Vorposten an den notwendigen Nahrungsmitteln. Greuel und Anarchie greifen im Hinterland immer weiter um sich. Die Angestellten der Eisenbahnen sind nur noch mit Mühe auf ihrem Posten zu halten. Nach dem Letzto Rosoff mußte, da von den östlichen Verbänden Hilfe nicht mehr zu erwarten ist, der Chef der Postlager Eisenbahnverwaltung, Weich, auf die Lebensverhältnisse im weiten Reich die ernstliche Bitte, Schutz des Eisenbahnpersonals gegen die Gewalttätigkeiten der hungernden Soldaten zu richten.

Sollte es, was nach den letzten Nachrichten nicht zu erwarten ist, den Sozialdemokraten gelingen, die Bolschewikregierung zu stützen und eine neue Regierungspolitik nach dem Bismarck der Entente zu ermöglichen, so wäre dies trotz des äußeren Erfolgs ein Stoß ins Meer. Die Eröffnung der Pariser Vorkriegs wird am allerersten Stelle in den Vereinigten Staaten empfunden, die sich auf einen langen Krieg vorbereitet haben, und die endlich um die verpfändeten Konventionen in Russland bangen. Mit Recht befindet man, daß in den russischen Staat die amerikanische Politik verhängnisvoll ist, und daß die Russen nach Kriegsende an alles andere eher denken werden, als ihre Vorkriegsstände. Die Quellen des Bolschewismus, an dem zu überlassen. Kein Politiker der Entente ist heute so furchtig, von einem Sieg der russischen Reaktion eine Wiederherstellung der Kampfkraft der Truppen zu erwarten. Nicht darum handelt es sich bei dem Sieg der Entente gegen das Schicksal des russischen Sonderfriedens, sondern um die Rettung und Sicherung der diesen hingebenden Vorkriegsstände, um die Zukunft der geretteten Konventionen, um die Entlohnung der zahlreichen in russischen Städten errichteten amerikanischen Banken, die das weite Reich zu einem ungeordneten Weltmarkt erschließen sollten. Die Bolschewikregierung würde sich nicht auf die Empfindungen der fremden Volksgenossen, deren naturgemäßen Weg weitergehen. Denn für sie handelt es sich um mehr als bloßen Geldwert; um Leben oder Hungertod eines großen Volkes.

Reichswochenhilfe und Kindersterblichkeit.

In ernsthaften sozialpolitischen Kreisen herrscht heute schon kein Zweifel mehr darüber, daß die Reichswochenhilfe, die zu den wenigen wirklichen Fortschritten gehört, die wir dem Krieg verdanken, auch in die kommende Friedenszeit hinüber gerettet werden und dort auf alle bedürftigen Frauen ausgebeutet werden muß. Wenn wir die Geburt und Erhaltung gesunder Kinder als eine Angelegenheit der Gesellschaft betrachten, so liegt in der Tat kein Grund vor, die diesem Zweck dienende Wochenhilfe auf bestimmte Gruppen der Bevölkerung, z. B. auf selbstbestimmte Frauen und auf die Frauen von Kriegsteilnehmern, zu beschränken. Denn die Gesellschaft hat natürlich ein ebenso hohes Interesse daran, daß auch das Kind irgendeiner nichtverheirateten Frau oder eines Mädchens, das nicht die Vaterlichkeitsverwaltung eines Kriegsteilnehmers übertragen kann, gesund zur Welt kommt und von seiner Mutter geliebt wird, um das geistliche erste Lebensjahr zu überleben.

In wie hohem Maße die Reichswochenhilfe zur Verminderung der Säuglingssterblichkeit beiträgt, darüber hat der bekannte Sozialhygieniker Dr. med. Alfons Fischer ein interessantes Zahlenmaterial zusammengestellt, das er in den Sozialpolitischen Mitteilungen für Baden veröffentlicht. Er hat auf der Grundlage von Fragekarten von den Ortsverwaltungen der verschiedenen Städte und außerörtlicher Städte festgestellt, wieviel von den Reichswochenhilfe besitzenden Frauen ihre Kinder gefüllt hatten, wie lange sie gefüllt hatten und wieviel Prozent der Kinder das erste Lebensjahr überlebten hatten.

Die Dresdener Erhebungen haben die Erhebung auf das ganze Jahr 1915 ausgefallen, bei welchem 1400 Frauen die Reichswochenhilfe erhielten. Die Säuglingssterblichkeit bei den Kindern dieser Frauen betrug nur 7 Prozent, stand also etwa auf gleicher Höhe wie diejenige der den niedrigsten Durchschnittsstand aufweisenden nördlichen Länder, während in Dresden in dem vorhergehenden Jahre 1914 die allgemeine Säuglingssterblichkeit 12.2 Prozent betragen hatte. Von den 1314 Frauen, deren Kinder das erste Lebensjahr überlebten, hatte 87 Prozent gefüllt, davon 71 Prozent über zwei und 50 Prozent über drei Monate. Auch in einigen anderen außerörtlichen Städten, in denen für das erste Vierteljahr 1915 Erhebungen detailliert wurden, ergab sich eine

durchschnittliche Säuglingssterblichkeit bei den Kindern der Frauen, die Reichswochenhilfe erhalten hatten, von nur 7 Prozent. Nicht an in Dresden, daß die Reichswochenhilfe doch ausschließlich minderbemittelten Familien zugute kommt, in denen jäh etwa 18 Prozent aller Kinder vor Erreichung des ersten Lebensjahres im ungesunden Alter gestorben. In einem anderen Stadtteil, die Reichswochenhilfe des Säuglingssterblichkeit auf weniger als die Hälfte reduziert hat.

Daß es sich hier tatsächlich um einen Erfolg dieser Institution und nicht etwa um die Wirksamkeit der Säuglingsfürsorgeanstalten handelt, glaubt Dr. Fischer durch die Tatsache beweisen zu können, daß nur 13 Prozent der Frauen, die in den außerörtlichen Städten im ungesunden Alter gestorben, in der Reichswochenhilfe überhaupt nicht bedürftig waren, und von denen, die länger als drei Monate gefüllt hatten, sogar nur 9 Prozent. Dadurch ist klar erwiesen, daß die den Frauen durch die Reichswochenhilfe gewährte Möglichkeit, sich und ihr Kind besser pflegen zu können und vor allem nicht sofort wieder einer Erwerbstätigkeit nachgeben zu müssen, es ist, die einen so außerordentlich günstigen Einfluß auf die Säuglingssterblichkeit der Frauen und damit auf die Gesundheit der Kinder gehabt hat.

Zu ähnlichen Resultaten kam Dr. Fischer bei der Bearbeitung des badischen Materials. Es lag hier noch die Möglichkeit eines Vergleichs mit Jiffren aus dem Jahre 1911, das sich allerdings nicht als besonders hohe Sommersterblichkeit der Säuglinge auszeichnete, vor. In jenem Jahre hatte nämlich die badische Regierung durch die Bekanntheit feststellen lassen, wie lange die in diesem Zeitraum geborenen Kinder gefüllt wurden, und wieviel von diesen Kindern noch nach Ablauf des ersten Lebensjahres am Leben waren. Dr. Fischer ließ nun aus 5 Städt- und Landbezirken des Großherzogtums für das Jahr 1915 in der gleichen Weise wie oben geschildert feststellen, ob und wie lange die Frauen, die Reichswochenhilfe erhalten hatten, ihre Kinder gefüllt hatten und wie groß die Sterblichkeit unter den Kindern war. Es liefen 3000 Antragskarten ein, denen ein Vergleichsmaterial von 17 000 Frauen aus denselben Orten vom Jahre 1911 gegenüberstand. Es ergab sich nun folgendes: Im Jahre 1911 hatten in den betreffenden Städten geborenen Kinder, in den Landbezirken 82 Prozent überlebt, im Jahre 1915 dagegen nur 96 und 88 Prozent. Es hatte also eine bedeutende Erhöhung der Säuglingssterblichkeit stattgefunden. Demgegenüber betrug die Sterblichkeit der in Betracht kommenden Kinder im Jahre 1911 in den Städten 16.7 Prozent und auf dem Lande 17.2 Prozent, 1915 dagegen nur noch 9.6 und 10.8 Prozent. Dabei bemerkt es sich 1911 um Kinder aus allen Gesellschaftsklassen, 1915 aber um solche aus minderbemittelten Familien.

Die Säuglingsfürsorgeanstalten wurden in den Städten ziemlich lebhaft benutzt; von allen Frauen der Landgemeinden hatten dagegen nur 18 Prozent eine Fürsorgestelle besucht. Trotzdem war die Säuglingssterblichkeit hier nicht geringer, sondern teilweise sogar noch höher als in den Städten. Die Sterblichkeit der Kinder war allerdings gering.

Dr. Fischer konnte angeführt dieser Zahlen zu dem Schluß: Alles in allem möchte ich sagen, daß der Besuch der Säuglingsfürsorgeanstalten sicherlich von Nutzen für die Verringerung der Säuglingssterblichkeit und die Verminderung der Sterblichkeit gewesen ist, daß aber den ausschlaggebenden Faktor bei der sozialhygienischen Verringerung der Geburt der Reichswochenhilfe darstellten dürfte.

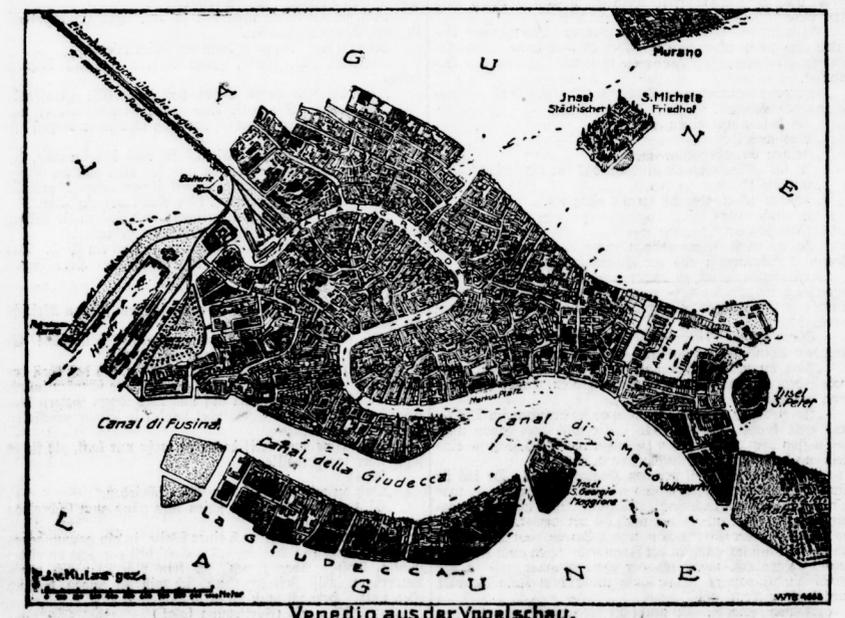
Ein Land, das auf eine Vermehrung seiner Bevölkerung Wert legt, wird sich nicht denken können, diese lebenswichtige Einrichtung wieder zu beseitigen.

Das eingelöste Königswort.

Die Preussische Regierung hat sich in ihrer Sonntagsgasgabe in einem langen Artikel mit der Wahlrechtsfrage und der Reform des preussischen Landtags habe der König von Preußen seine Zusage zunächst eingelöst. Die vorgelegenden Faktoren dagegen haben verfassungsmäßig das Recht und die Pflicht, zu diesen Vorlagen nach ihrer eigenen gewissenhaften Überzeugung Stellung zu nehmen. Das absolute Recht, Gesetze zu machen, steht dem König nicht zu; wohl aber habe der Kaiser und König das Recht, die ihm durch die Verfassung eingeräumte Regierungsgewalt durch Reichskanzler und Minister seiner eigenen Wahl an nicht durch ein Ministerium auszuüben, das er formell ernannt, während es Wirklichkeit der Vollzugs-Ausübung der Parlamentsmehrheit sei. Zur Sache selber sagt das Blatt:

„Die vorgelegten Entwürfe stellen den Gesetzgeber in Preußen vor die wichtigste und folgenschwerste Entscheidung, die seit Erlaß der Verfassung über den Bestand und die Grundlagen des preussischen Staaus getroffen werden kann. Und das nicht nur, weil nicht zweifellos, daß die Begründung für die Einführung des gleichen Wahlrechts mit durchschlagender Überzeugungskraft abgelehnt ist. Fast erneut hat an manchen Stellen den Eindruck, als ob die Regierung selbst von der Durchschlagskraft ihrer Gründe nicht ganz überzeugt gewesen sei. Das liegt wohl in erster Linie daran, daß der geschäftliche Grund, der zu dem Vorstoß auf Einführung des gleichen Wahlrechts geführt hat, nicht wohl angegeben werden konnte. Es darf trotz dieses Schweigens der Begründung doch nicht vergessen werden, daß der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg die Anordnung, die Reformvorlage auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts aufzustellen, einen Tag vor seinem Wiedertreten dem Druck der von der Sozialdemokratie beherrschten Reichstagsmehrheit durchgesetzt und gegengezeichnet hat. Die preussische Regierung hat nicht aus eigener Überzeugung gehandelt, sondern den inneren politischen Verhältnissen weichen, dem Umfang Rechnung tragen zu lassen geglaubt, daß die Sozialdemokratie ihre weitere Mitwirkung an der Durchführung des Parteienschlages Deutschland von der Erfüllung ihrer innerpolitischen Forderung abhängig gemacht hat. Im Augenblick der höchsten Krise glaube der Kanzler, freilich vorgebildet, durch die Preisgabe Preußens seine Stellung retten und ungelegnet Resolutions des Reichstags binden zu können.“

Das konserbative Blatt sieht nicht alle Register seiner Weisheit, um die Gefahren einer Wahlrechtsänderung für den Bestand Preußens möglichst grell an die Wand zu malen. Die große Masse der Bevölkerung würde nur alleinigen und ausschließlichen Herrschaft in Staat und Gemeinde gelangen. Die jetzt gemachte Vorlage liebre der Sozialdemokratie für die Folge die Vorbereitungen in Preußen; denn von den 455 Sitzen würden mindestens 140—150 an die Sozialdemokratie fallen. Das bedeutet eine Verringerung aller andern Volksteile. Die Wahrung der kirchlichen Interessen und des konstitutionellen Charakters der Volksmacht werde hinsichtlich nicht mehr möglich sein. So dem Vorstoß der Sozialdemokratie kann das Konserbative der Wähler zum durchschlagenden Aufgeben der Stimmenspolitik. Das Herrenhaus könne für die Dauer nicht als Demos gen demokratische Bestrebungen gelten; denn man habe die Überzeugung, daß sofort gegen das Herrenhaus Sturm gelaufen würde, und man fenne die Möglichkeit der Regierung gegenüber den Wünschen des Reichstags. Aus allen diesen Gründen wollen die Konserbativen ihre ganze Kraft daransetzen, zu verhindern, daß das Reformwerk zustande komme.



Venedig aus der Vogelschau.

Agentur
berufen
vorgern
müßig
Die of
bündel
für we
Reichs
nation
gegen
Die
folie
Ac
Junge
geform
und R
m e n
munde
die Lan
das Br
Grund
einem
ber gel
stierel
überun
war n
gegeben
jests u
dem We
ber die
Wenig
Gefühl
anpan
Kadun
sind, be
bud, z
Ac
berlief
hätten
die Re
Kantur
müßte
11 f e
gleichf
Befiehl
lich, M
die die
die die
W
Der
Ehant
hieser
Der
preuß
gläub
Dabei
habe
wider
alle de
berfü
der M
vorlag
schmitt
legung
große
großen
Gele
folgt
unter
für de
hüchtl
lich, d
nicht
füml)
Suppe
direkt
des
berlich
Arice
Verte
nalen
den i
berst
binar
ihre
leben
beit B
geben
ode
zu l
beute
besten
Geltu
Ratig
der
der
wohl
fren
briet
allen
dem
im
fähig
Arice
in de
die
bolls